

Von der SPÖ nichts Neues

Der neue SPÖ-Kanzler steht nicht für eine sozialere Politik, sondern für einen beschleunigten Kürzungskurs bei Pensionen, Sozialleistungen und ArbeiterInnenrechten. Auch eine „menschliche Asylpolitik“ kann man mit Hardlinern wie Verteidigungsminister Doskozil ganz sicher nicht erwarten. Eine organisierte Linke in der SPÖ ist de facto nicht existent.

Seite 2

Frankreich auf den Barrikaden

Streiks, Demonstrationen, Blockaden. In Frankreich ist der Widerstand gegen das neue Arbeitsgesetz „El Khomri“ und die verhasste Regierung enorm. Hunderttausende sind auf der Straße und fordern die Rücknahme des Gesetzes. Streiks breiten sich auf immer mehr Sektoren aus und greifen das System an seinen Grundfesten an. Kommt nun der Generalstreik?

Seite 12

Schwerpunkt

Faschismus 2.0? Die „Identitären“ werden immer selbstbewusster und aggressiver. Doch hinter ihrem „modernen“ Auftreten steckt eine gefährliche faschistische Ideologie.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis €1,-
Solopreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 249 | 06.16

Es reicht! Aufbruch gegen FPÖ & Regierung!

Die Präsidentschaftswahlen waren eine gewaltige Ohrfeige für die Regierung. Denn das Gefühl, dass alles zusammenbricht, verstärkt sich. Kriegen wir noch Pensionen? Ein Bett im Spital? Können wir noch auf die Straße gehen? Hab ich nächsten Monat noch einen Job? Können sich meine Kinder eine Wohnung leisten? Sicherheit war gestern!

Die FPÖ ist allerdings nicht die Lösung, sondern ein besonders ekelhafter Teil des Problems. Doch sobald sie in Regierungen sind, bedienen sie sich genauso schamlos an den Futterträgern und kürzen.

en gleich ganz aus (Burgenland).

Dass Hofer nicht gewählt wurde, hat uns eine Atempause verschafft, nicht mehr. Die FPÖ ist weiter auf dem Vormarsch. Und im Schlepptau gibt es auch Unterstützer, die mit brutalen Gewaltfantasien (wie lange bleibt es bei der Fantasie?) Angst verbreiten.

Der ungewählte Kanzler Kern wird keine neue Ära einleiten. Daher kann sich die FPÖ auch weiterhin als „anders“ darstellen. Dass sie das immer noch kann, hat nur einen Grund: es gibt keine linke Opposition.

Die Regierung braucht einen riesengroßen Denkzettel – aber einen linken!

Da wird der Rotstift bei Armen (Oberösterreich), Alten (Wels) und Jugendlichen (Wiener Neustadt) angesetzt und die angebliche Frauenschützer-Partei FPÖ spart das Thema Frau-

In den USA begeistert ein alter Mann (Bernie Sanders) jugendliche Massen, weil der sich gegen die MillionärInnen der Wall Street stellt. Der Wunsch nach „etwas Neuem“ ist



überall groß und wird größer.

In Österreich gibt es auch für Linke eigentlich nur zwei Möglichkeiten: weiterwurschteln wie bisher und damit die Steilvorlage für einen Kanzler Strache schaffen. Oder gemeinsam gegen alle etablierten Parteien aufbrechen, um „was Neues“ aufzubauen. Eine Kampagne, die laut und aktiv klarstellt, dass bei den Reichen Geld genug

ist für Soziales, Wohnen, Jobs UND Flüchtlinge. Eine neue entschlossene Organisation, die sich auch bei den kommenden Wahlen als Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit und gegen Rassismus aufstellt. Und so den rechten Hetzern und ihrer sozialen WählerInnen-Stimmen-Fang-Propaganda den Wind aus den Segeln nimmt.

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Das Geld der Superreichen für Bildung, Soziales, Gesundheit, Jobs & Wohnungen für Alle erkämpfen!
- In- und AusländerInnen gemeinsam gegen Kürzungen!
- Für kämpferische Gewerkschaften!
- Für eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Es tut sich was. Hunderte wollen aufbrechen, weil es nicht so weitergehen kann. Gut möglich, dass wir in den nächsten Wochen eine starke, dynamische Kampagne sehen werden, die klar macht, dass wir uns die Reichen nicht mehr leisten können. Es ist nicht der erste Versuch. Weil wir spät dran sind, haben wir den Vorteil, dass wir von den Erfahrungen ähnlicher Versuche lernen können. Nebendemokratischen Strukturen und dem Aufbau aktiver Regionalgruppen sind fürs Aufbrechen zwei Dinge wichtig: eine antikapitalistische Ausrichtung und der Aufbau einer neuen Organisation, die eine Kampforganisation und eine Wahlalternative ist. Wäre es besser, wir sind nicht so „radikal“, können wir dann mehr erreichen? Nein! Was ist die Grundlage für Armut? Dass im Kapitalismus die einen die anderen ausbeuten. Mit guten Argumenten hat es Syriza versucht und ist grausam gescheitert.

Radikal aufbrechen?!

Die Periode eines (ohnehin auf Europa und die USA beschränkten) wachsenden Kapitalismus mit steigendem Lebensstandard für die Masse wie in den 1950er-70er Jahren war eine Ausnahme. Die kapitalistische Realität bedeutet nun mal Arbeitslosigkeit, Armut und Krieg. Wer diese Missstände loswerden will, muss das Übel an der Wurzel packen. Das klar zu sagen, schrekt nicht ab, sondern ist ehrlich. Können wir uns Zeit lassen, um in Ruhe Strukturen und dann eine Organisation aufzubauen? Das liegt leider nicht bei uns! Neuwahlen kann es sehr bald geben. Hofer konnte (vorläufig) verhindert werden, doch ein Kanzler Strache wird immer wahrscheinlicher. Bei den kommenden Wahlen keine linke, kämpferische Alternative anzubieten, bedeutet, all den Menschen, die zu recht wütend sind auf die Regierung nur die FPÖ als Ventil zu lassen. Wir müssen richtig aufbrechen, stark, gemeinsam, kämpferisch, demokratisch und antikapitalistisch. Weil nicht der Weg das Ziel ist, sondern eine starke linke Alternative!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 082020 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Wie geht „menschliche Asylpolitik“?

Faymann sei in der Partei über die Asylfrage gestolpert, heißt es. Den Linken in der SPÖ gingen Grenzzäune, Obergrenzen und Bundesheer-Einsatz zu weit. Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen zu fordern ist richtig, aber viel zu wenig. Gerade um dem Rassismus zu kontern, der aus der FPÖ längst auch tief in die Reihen der SP vorgedrungen ist, müssen die richtigen Fragen nach Finanzierung von Unterbringung und In-

tegration der Flüchtlinge beantwortet werden. Die etablierten Parteien wollen Heime und Deutschkurse mit Kürzungen bei Sozialem finanzieren, was den Rassismus weiter anheizt. Und weiter schonen sie die Reichen, wobei allein das reichste Prozent 700Mrd. hält. Wer Flüchtlingen helfen will, muss dafür kämpfen, dass die Reichen die Kosten übernehmen! Alles andere spielt der FPÖ wunderbar in die Hände.



Von der SPÖ nichts Neues

Ist das der Befreiungsschlag für die SPÖ? Faymann, der Zögerliche, wurde ersetzt durch den vermutlich effizienteren Kern. Das ein-

sprüngliche Basis der SPÖ, die ArbeiterInnen, sondern eine Beschleunigung der Interessenpolitik für Banken&Konzerne. War-

Den Kopf auszutauschen hilft nicht gegen den Gestank der Füße.

zig positive an Faymanns Politik war aber aus linker Sicht, dass sie langsam war. Bankenrettungen, Kürzungen und rassistische Politik wird Kern jetzt mit mehr Tempo fortsetzen. Schneller als sonst wird sich der „Neue-Bonus“ abnutzen und Abwärtsrend der SPÖ sowie Aufstieg der FPÖ weitergehen. Kern bedeutet keine Besinnung auf die ur-

um auch sonst ruft die SP-Führung einen Manager ins Kanzleramt?

Die Regierung hat im Sinne der Reichen nicht schnell genug geliefert. Sie brauchen eine Regierung, die privatisiert, die Pensionen kürzt, die über Angriffe auf Erwerbslose und Kollektivverträge die Löhne senkt usw. Das „Herumdümpeln“ der Regierung hat immer mehr Bür-

gerliche dazu gebracht, die FPÖ als Alternative zu sehen. Auch das ist wohl ein Grund für das Scheitern Faymanns.

Und mit Innenminister Doskozil, der nicht das schwarze Schaf der Partei ist, sondern Teil der Strategie, die FPÖ mit Rassismus zu schlagen, wird auch der Kurs in Flüchtlingsfragen bleiben.

Kern bleibt mit seinem Programm sehr offen. Er redet von einem „New Deal“ und dass „wir uns von Dogmen trennen müssen“. Als Beispiel nennt er Wohnbau und Bildung und dass die Wirtschaft hier eine wichtigere Rolle spielen soll. Das ist eine Ankündigung von Angriffen auf diese Bereiche – wer die SPÖ kennt, weiß das.

Tilman M. Ruster



Linke in der SPÖ: Her mit der Lupe!

Nach Faymanns Rücktritt riefen VertreterInnen der „Linken“ in der SP nach einem Sonderparteitag, auf dem auch über die inhaltliche Ausrichtung gesprochen werden sollte. Die SPÖ hat sich der Strukturen für interne Debatten weitgehend entledigt: Parteitage sind ritualisiert, Sektionen kaum vorhanden und langweilig, Fraktionsrecht gibt es auch nicht. Einzelne Personen wie Herr und Babler sammeln Leute um die

„Initiative Kompass“, die sich nun gemütlich nach dem Parteitag am 25.6. trifft. Es gibt weder eine echte Organisierung, noch eine dynamische Kampagne, noch eine linken Gegenkandidatin zu Kern. Echte Gegenvorschläge zu Grenzzaun oder Bankenrettung kamen von hier auch nicht. „Oppositionsarbeit“ in der SP beschränkt sich also auf wirkungslose Presseaussendungen und Medienaktionen.



Nach der Wahl ist vor der Neuwahl?

Auch wenn Hofer verloren hat: die FPÖ bleibt am Drücker. Sie geht mit dem besten Wahlergebnis ihrer Geschichte gestärkt aus der

jene, die die FPÖ aus Protest gegen soziale Missstände gewählt haben, sondern auch Rechtsextreme, die in die Offensive gehen.

einigung verlangt nun radikale Reformen zugunsten der Reichen: Halbierung der Körperschaftssteuer, 12-Stun-

ausführen wie sie es jetzt schon in z.B. Oberösterreich tut.

Im BP-Wahlkampf hat sich die FPÖ als die Kraft gegen das Establishment positionieren können. Sie profitiert von den berechtigten sozialen Abstiegsängsten und der Wut über das alte, elitäre politische System. Genau hier muss die Linke jetzt schon ansetzen: ein kämpferisches Programm entwickeln, das zeigt, dass nicht Flüchtlinge, sondern die Reichen schuld an der sozialen Misere sind – und das in Form einer Kampagne auf die Straße tragen, aus der eine Wahlalternative entstehen kann und muss.

Sebastian Kugler

VdB und Kern bringen eine kurzfristige Stabilisierung des politischen Systems, werden die FPÖ aber nicht stoppen.

BP-Wahl hervor. Aber vor allem: Sie hat sich als einzige oppositionelle Kraft gegen das vereinigte Establishment positioniert. Der Aufstieg der FPÖ geht weiter – genau weil alles so bleibt, wie es war. Genau dafür steht auch VdB, der somit der FPÖ nur weiter den Boden bereitet. Im Rücken hat die FPÖ eine aufgeheizte AnhängerInnen- schaft – und zwar nicht nur

Währenddessen drängt die FPÖ in Richtung Neuwahlen. Hofer verkündete am Wahlabend: „Spätestens in zwei Jahren ist HC Strache Kanzler – und vier Jahre später bin ich auch noch dazu Staatsoberhaupt“. Es ist tatsächlich unwahrscheinlich, dass die Regierung bis 2018 hält. Die immer stärker FPÖ- lastige Industriellenver-

dentag usw. Ob Kern liefern kann, wird die Lebensdauer der Regierung wohl auch mitbestimmen. Auch das Kalkül von SPÖ oder ÖVP, sich vom sinkenden Schiff zu retten und mit der FPÖ zu koalieren, wenn auch nur als Juniorpartner, kann Neuwahlen auslösen. An der Regierung wird die FPÖ bereitwillig die Wünsche von oben

Der rechte Rand

In der Nacht auf die Stichwahl um die Hofburg gab es Tote: Ein Nazi schoss auf einem Festival um sich: drei Tote und elf Verletzte. Offiziell eine „Beziehungstat“, aber es zeigt sich der unterschiedliche Umgang je nach Herkunft des Täters: Als in Wien eine Frau von einem vermutlich verwirrten Mann aus Nigeria erschlagen wurde, gab es riesigen Wirbel. Neben massivem Rassismus ging es auch um Behördenversagen.

Der vorbestrafte Nazi durfte keine Waffe besitzen, ein Sturmgewehr ist privat überhaupt untersagt. Dieses Verbot scheint bei gewaltbereiten Neonazis nicht durchgesetzt zu werden, wie auch die Waffenfunde beim „Objekt21“ in Oberösterreich zeigten: Als die Polizei 2010 diesen Nazi-Club durchsuchte, fand sie viele Waffen und Sprengstoff. Verbrechen wie Brandstiftung, Erpressung und Körperverletzung wurden durch die Nazi-Bande verübt. In den nächsten drei Jahren passierte nichts: Die Staatsanwaltschaft erhob erst 2013 Anklage. Als das Clubhaus erneut durchsucht wurde, wurden erneut Waffen gefunden. Gerade einmal sieben Personen aus einem Kreis von ca. 300 wurden verurteilt.

Hofer übrigens hat „seine Glock“, um sich in „unsicheren Zeiten“ zu schützen. Zahlreiche andere FPÖ-Funktionäre posieren auch gerne mal auf Facebook mit ihren „Lieblingen“. Die Stärke der FPÖ hat das Selbstbewusstsein Rechtsextrem stark erhöht, die knappe Wahlniederlage bei Einigen auch die Aggressivität. Zusammen mit der hohen Zahl an Waffen, die besonders in letzter Zeit verkauft wurden, ist das eine echte Bedrohung für Flüchtlinge, Muslime/Muslimas und Linke.

Der Aufstieg der FPÖ ist hausgemacht

Seit die SPÖ aktiv neoliberale Politik umsetzt, wächst die Stärke der FPÖ: Die Sparpakete ab Mitte der 1980er fallen zusammen mit dem Aufstieg Haiders, der die SPÖ (zu recht) als Verräter und sich (zu unrecht) als Vertreter der ArbeiterInnen hinstellte. Das gilt bis heute: seit 2011 versucht die SPÖ in der Steiermark, Sozialleistungen um bis zu 25% zu kürzen – heute ist die FPÖ dort stärkste Partei.

Empörung reicht nicht für langfristigen Widerstand: Aus dem Lichermeier 1991 wurde keine Bewegung – im Gegenteil sind die damaligen Forderungen der FPÖ weitestgehend umgesetzt worden. Die Widerstandsbewegung gegen Schwarz-Blau ging daran zugrunde, nichts außer moralische Appelle und regelmäßige Demos anbieten zu können. Empörung nützt sich ab – und weicht schnell der Resignation.

Die FPÖ zerstört sich nicht selbst: 2002 zerfleischte sie sich in Knittelhof, stürzte in Folge auf 10% ab. In der Opposition profitierte sie vom SPÖ-VP-Sparkurs und ist heute stärker denn je: Hofer erreichte knapp 50% und seit einem Jahr führt sie in jeder Umfrage. Auch wenn sie instabil bleibt: Der Rechtsextremismus wird sich immer wieder aufrichten, solange keine linke Alternative ihr den Boden entzieht.

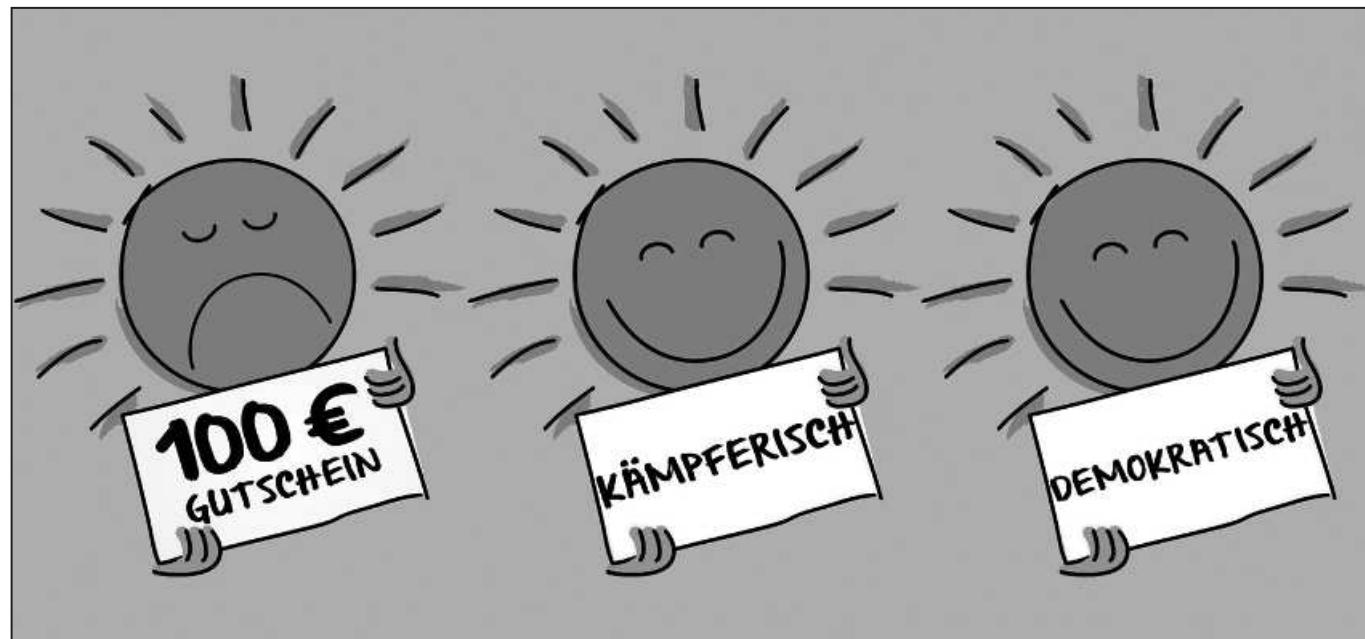
Das Potential für eine solche linke Alternative ist hingegen groß: Nur 11% seiner WählerInnen wählten VdB, weil sie seine Positionen unterstützten. 48% aber wählten ihn, um Hofer als Präsidenten zu verhindern. Gleichzeitig wählten über 70% der Hofer-WählerInnen ihn, weil er „die Sorgen der Menschen“ am besten verstehe – was er als elitärer Burschenschaftschafter allerdings eindeutig nicht tut.

Die Belegschaft des Berliner Großkrankenhauses Charité sorgt für Aufsehen. Seit zehn Jahren kämpft die Betriebsgruppe der Gewerkschaft ver.di gegen Ausgliederungen, Niedriglöhne und Personalmangel. Ein erster Streik 2006 wehrt Lohnkürzungen ab, erkämpft einen Kollektivvertrag und hilft, erste Erfahrungen mit Arbeitskämpfen sammeln zu können. Die werden 2011 genutzt, um Lohnerhöhungen bis zu €300 zu erstreiken. Mit dem Selbstvertrauen dieser Erfolge geht es 2012 weiter. Gefordert werden kollektivvertraglich geregelte Personalschlüssel und Gesundheitsschutz für MitarbeiterInnen.

Frisch gekämpft ist halb gewonnen!

Nach einer vierjährigen Kampagne, inklusive zehntägigem Streik 2015, ist der neue Kollektivvertrag seit 1. Mai in Kraft. Darin festgeschrieben sind Personalquoten für Intensiv- & Kinderstationen sowie spürbare Verbesserung in der stationären Pflege. Das schafft 200 Jobs. Werden die Mindeststandards nicht erfüllt, können Überlastungsanzeigen bis zur Sperre von Betten führen. GenossInnen der SAV (CWI in Deutschland) spielen eine entscheidende Rolle im Aufbau der Bewegung – im Betrieb und in Solidaritätskomitees von PatientInnen und BerlinerInnen. Durch die breite Unterstützung in der Bevölkerung kann genug Druck aufgebaut werden, um große Teile des Forderungskataloges durchzusetzen. Jetzt geht es darum, die Umsetzung im Betrieb sicherzustellen und die Bewegung auszubreiten. Für den Herbst sind Streiks für ähnliche Verbesserungen im ganzen Saarland geplant.

Flo Klabacher



Den Gewerkschaften wieder Sinn geben

Das Profil-Interview mit ÖGB-Chef und SPÖ-Mitglied Erich Foglar vom 30. April enthält den

Gewerkschaften als Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen wieder stärken will.

lation mit Mitgliedsgeldern.

Um Menschen zurückzu-

winnen, die von Sozialabbau und miesen Zukunftsaussichten genug haben, braucht es Organisierung gegen Kürzungen und die kapitalistische Krise. Würden die Gewerkschaften bei Zielpunkt, Servus-TV & Co. kämpferisch gegen Jobverlust und Millionäre auftreten und die betroffenen KollegInnen – egal welcher Herkunft oder Religion – in die Kampagne demokratisch einbinden, würde das Solidarität und gewerkschaftliche Glaubwürdigkeit stärken. Die FPÖ würde immer öfter gezwungen sein, zu offenbaren, dass sie letztlich nur eine Partei der Reichen, Banken und Konzer-

ne ist. Eine solche Haltung wird die Gewerkschaft allerdings auch in Opposition zur ebenso pro-kapitalistischen SPÖ bringen. Es ist gut möglich, dass diese SPÖ aus machtpolitischen Gründen bundesweit eine Koalition mit der FPÖ eingehen wird. Nun: was ist dann die Aufgabe einer Gewerkschaft, wenn zwei Parteien, die bisher schon für Sozialabbau-Politik bekannt waren, miteinander ... höchstwahrscheinlich Sozialabbau betreiben werden? In solch einer Situation könnten Gewerkschaften wieder cool werden! Kollege Foglar muss sich dann entscheiden, ob er ernstzunehmender Gewerkschafter oder SPÖ-Privilegierten ist.

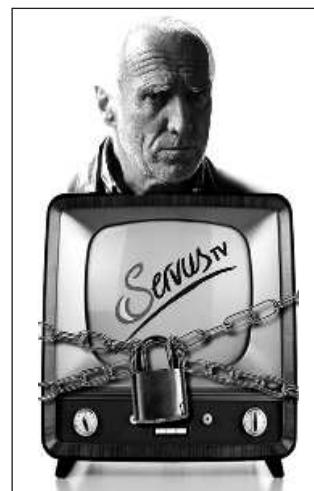
Franz Neuhold, Betriebsrat

Warum Herr Foglar angesichts einer immer stärkeren FPÖ den ÖGB nicht mit der SPÖ verwechseln sollte.

Aufruf, eine Koalition mit der FPÖ anzudenken. Foglar muss natürlich wissen, dass ein bedeutender Teil der FPÖ-Entscheidungsträger Gewerkschaften ablehnt und sogar deren Abschaffung fordert. Aber lassen wir das mal beiseite und glauben ihm, dass er Menschen von der FPÖ zurückgewinnen und die

Doch während sich Foglar an die SPÖ klammert, verstehen wir vollkommen, dass sich viele Menschen von der SPÖ abwenden. Dass dies zur Stärkung der FPÖ führt, ist Folge der Untätigkeit und Alternativlosigkeit der Gewerkschaften gegen die neoliberalen Angriffe der letzten 30 Jahre plus Skandale um Speku-

Servus, TV! Baba, Betriebsrat!



Der gewohnt scharfzüngige Journalist Dieter Chmelar fasste die – vor dem Hintergrund einer Betriebsratsgründung – angedrohte Schließung von Servus-TV so zusammen: „Ein Satz mit ‘Mateschitz’? – Mate shits on workers rights.“

Sender-Eigentümer Mateschitz (neun Milliarden \$ schwer) ist mit der Drohgebärde durchgekommen; es wird keinen Betriebsrat geben. Besonders unrühmlich war die Rolle der „ArbeitnehmerInnen-Vertre-

ter“; vom Salzburger AK-Chef Pichler bis zum GPA-Boss Katzian übten sie sich in Unterwerfungsgesten. So wurde ein Musterfall geschaffen: In Hinkunft werden selbstherrliche Bosse „ihre“ Firma noch ungenierter als betriebsratsfreie Zone führen.

Im Arbeitsverfassungsgesetz heißt es allerdings: „In jedem Betrieb, in dem dauernd fünf stimmberechtigte Arbeitnehmer beschäftigt werden, SIND [...] von der Arbeitnehmer-

schaft Organe zu bilden“. Das 250-köpfige Team von Servus-TV lehnte in einer – unter Druck des Jobverlusts geführten – „Umfrage“ einen Betriebsrat ab. Die Arbeitsbedingungen seien ohnehin erstklassig. Mag sein. Jedoch: Was die Mateschitz dieser Welt aus freien Stücken geben, können sie wieder nehmen. Ohne kämpferischen Betriebsrat und ohne kämpferische Gewerkschaften ganz leicht, jederzeit.

Alexander Svojtko

Linz: Weitere Demo gegen Kürzungen

Im Juni wird voraussichtlich die Kürzung der Mindestsicherung im oberösterreichischen Landtag durch die Koalitionsparteien ÖVP und FPÖ beschlossen. Es soll eine Deckelung auf €1.500 geben. Das wird vor allem alleinerziehende Mütter hart treffen. Außerdem soll die Mindestsicherung für Asyl- und Schutzberechtigte auf nur 365 € im Monat gekürzt werden. Weil niemand mit so wenig Geld auskommen kann, werden viele Menschen in die Kriminalität getrieben werden. So erzeugt sich die Regierung Vorwände für rassistische Spaltung selbst.

Die SLP Linz zeigt schon seit längerem bei Kundgebungen auf, für welche sexistische, rassistische und unsoziale Politik die schwarz-blaue Landesregierung steht. Und auch, dass Sozialabbau eine Folge des Kapitalismus ist, welcher immer wieder Krisen hervorbringt. Die Schulden der Krise werden aber nicht von den reichen ProfiteurInnen beglichen, sondern die ArbeiterInnenklasse wird damit belastet. Die etablierte Politik hat kein Interesse an wirklichen Lösungen, auch gibt es diese im Kapitalismus nicht. Die erkämpften sozialen Errungenschaften können daher nicht von Dauer sein. Die SLP verbindet daher den Kampf

Lucia Pammer

gegen Verschlechterungen und für echte Verbesserungen mit dem Kampf für den Sturz des Kapitalismus, um einen sichereren Lebensstandard für alle Menschen zu erreichen.

Am 10. Mai gab es in Linz die 2. Demonstration des Bündnisses „Hände weg von der Mindestsicherung“. Bei der beteiligte sich die SLP mit einem dynamischen, lautstarken Block. Auf der Demo protestierten wir gegen diesen groß angelegten Sozialabbau. Das machten wir auch mit dem Spruch: „Was bedeutet schwarz und blau, Rassismus und Sozialabbau“ klar. Dieser bedeutet nicht nur die zunehmende Senkung unseres Lebensstandards, sondern auch eine Spaltung der Gesellschaft. Wir versuchten außerdem, PassantInnen auf diese Missstände aufmerksam zu machen, die Reaktionen waren überwiegend positiv. Insgesamt verkauften wir 36 Zeitungen. Auch mit Betroffenen kamen wir ins Gespräch, die sich über die Solidarität freuten. Schon im Vorfeld haben einige SLPlerInnen vor Schulen mobiliert und einmal mehr klar gemacht, dass das nicht die letzte Kürzung sein wird und weitere Widerstände gegen den Sozialabbau notwendig sein werden.

Lucia Pammer



Mistelbach gegen Rechts II

„Die spielen da nur Musik, weil's anscheinend nix G'scheites zum Sagen haben“, sagte eine Anrainerin zu einem Passanten, der gefragt hat,

Ausgehverbot, um österreichische Frauen vor Flüchtlingen „zu schützen“. Diesen Schutz dürften sie auch ernst genommen haben, da die FPÖ-

nerInnen Frauen – keine bei der FPÖ. Diese sind, im Gegensatz zu manchen FPÖ-Funktionären, ganz entspannt neben den teilnehmenden Flüchtlin-

Flüchtlinge gemeinsam mit MistelbacherInnen unter dem Motto „Solidarität kennt keine Grenzen“.

was da los ist am 27.5. Zu sagen hatten sie dann doch was, die Kameraden der FPÖ. Offensichtlich gibt es Zusammenarbeit mit den Identitären: deren Flyer wurden verteilt, ohne dass diese sichtbar anwesend waren – dafür sprach der RFJ-Redner von „Patrioten“. Gefordert wurden unter anderem Bargeldverbot und ein abendliches

Kundgebung von Männern überdominiert war, die ihre Frauen anscheinend großteils Zuhause am sicheren Herd gelassen haben. Ganz anders auf der anderen Seite bei der Kundgebung, die von SLP und vielen anderen organisiert wurde. Nicht nur, dass mindestens die Hälfte der TeilnehmerInnen Frauen waren, waren auch ca. 2/3 der 15 Red-

gen gestanden. RednerInnen der SLP machten auf klar definierbare Werte aufmerksam, mit denen man einige Missstände lösen könnte. Nämlich jenes Geld, das sich in den Taschen einiger Weniger befindet und doch eingesetzt gehört, um ein besseres Leben für alle – ÖsterreicherInnen und Flüchtlinge – zu ermöglichen.

Thomas Hauer

Von Cizre bis Graz: Hoch die internationale Solidarität

Am 12. Mai organisierte in Graz das Solidaritätskomitee Kurdistan, dem auch die SLP angehört, eine Demonstration unter dem Motto „Stoppt Erdogan – Solidarität mit Kurdistan“. Trotz des schlechten Wetters beteiligten sich ca. 300 Menschen.

AktivistInnen der SLP führten viele Diskussionen mit PassantInnen und machten klar, dass Erdogan wie auch die EU keine Partner zur Lösung der Flüchtlingsproblematik sind, son-

dern nur weitere Fluchtgründe schaffen. So gelang es auch, zahlreiche Zeitungen zu verkaufen. Ein Aktivist der SLP machte in seiner Rede klar: „Damit der Widerstand gegen Erdogan erfolgreich ist, braucht es einen gemeinsamen Kampf von kurdischen und türkischen ArbeiterInnen und Armen gegen den dschihadistischen Terror, gegen das AKP-Regime und gegen das kapitalistische System an sich.“

Nicolas Prettner

Termin des Monats



Sozialistisches Sommercamp

Auch dieses Jahr findet ein SLP-Sommercamp statt: die perfekte Mischung aus Spannung und Entspannung. Auf dem Programm stehen politische Diskussionen mit SozialistInnen aus verschiedenen Ländern über den Kampf gegen den Kapitalismus, Rassismus und Sexismus; aber auch Baden, Grillen und Sport. Außerdem werden alle Diskussionen auf englisch/deutsch übersetzt.

21. – 28.8. 2016

Feriendorf Turnersee/Zablaško Jezero in Kärnten/Koroška
Kosten: 150–170 € (je nach Einkommen) für Unterbringung, Teilnahme und Essen – Anmeldung unter till@slp.at



Vor 450 Jahren starb der Astrologe und Prophet Nostradamus, heute Inbegriff belächelter Zukunftsdeuterei. Aber sind wir heute über solche Phantastereien hinaus? Leben wir nicht in einer Zeit, in der Rechte breiten Applaus bekommen für hanebüchene Prophetezeihungen über den nahen Untergang des Abendlandes? Sind die, die heute vom drohenden Kalifat Europa fabulieren, nicht würdige Erben des Nostradamus?

Auch in der „seriösen Wissenschaft“ sieht es nicht viel besser aus. Die jahrelange wirtschaftliche Stagnation Österreichs wird ebenso lange vom

Rote Seitenblicke

Mantra begleitet „Aber nächstes Jahr wird es dann wirklich aufwärts gehen“ - und jedes Jahr kommt es anders. Formuliert werden diese in jedem neuen Jahr abgelieferten Fehlprognosen nicht von Jüngern des Nostradamus - sondern von höchst respektablen „WirtschaftsforscherInnen“. Von ähnlicher Güte erweisen sich oft die Wahlprognosen von Meinungsforschungsinstituten. Seriöse Prognosen sind umso schwieriger, auf ein je kurzfristigeres Ereignis sie sich beziehen. Es gibt keine Glaskugel, die uns erlauben würde, konkrete politische oder ökonomische Ereignisse in einem oder fünf Jahren sicher vorherzusagen. Vorhersagen lassen sich aber die großen gesellschaftlichen Entwicklungen: Nicht, wie hoch das Wirtschaftswachstum 2018 sein wird, aber sehr wohl, dass der Kapitalismus in seiner schwersten Krise steckt und die Optionen bald lauten „Sozialismus oder Barbarei“. Dafür braucht es keine Glaskugel und keinen Nostradamus.

Fabian Lehr



EM 2016: Fußball zum Abschalten

Diesen Monat beginnt die Fußballeuropameisterschaft der Männer in Frankreich. Millionen von Menschen werden vor den Fernsehgeräten da-

als Korruption so überbordend wurde, dass es mehr DemonstrantInnen als MatchbesucherInnen gab.

So gab es diesmal bis-

teuer ist). Doch die herrschenden Klassen in Österreich und Europa hoffen auf ein Spektakel, welches von den wachsenden sozialen und politischen

Im EM-Ausrichtungsland Frankreich gibt es massive Proteste gegen ein von der dortigen Regierung aufgedrücktes Arbeitsgesetz, das es einfacher machen würde, Beschäftigte zu feuern. Dieser Konflikt wird bis zu Beginn des Turniers wohl nicht beigelegt sein.

**„Ignoriert Eure Probleme & schaut lieber Fußball!“
So hätten es die Reichen und Mächtigen gerne.**

bei sein, um beim Wettbewerb der besten Teams Europas um den Titel mitzuiebern.

Trotz des andauernden Korruptionsskandals innerhalb des Fußballweltverbandes FIFA rund um deren ehemaligen Präsidenten Sepp Blatter gab es nur relativ wenig Skandale, die direkt etwas mit der Euro 2016 zu tun haben. Ein schöner Gegensatz zur Weltmeisterschaft 2014,

lang eine im Wesentlichen unkritische Berichterstattung. Sie bestand aus ein wenig Nationalismus, vermengt mit schönen Worten darüber, wie uns der Fußball alle zusammenbringt (wie niedlich).

Für uns ArbeiterInnen könnte es einfach eine Möglichkeit sein, den Sport zu genießen (auch wenn wir uns die Tickets nicht leisten können und das Bier in den Fanzenen

Problemen ablenken soll.

Für sie hätte die Euro 2016 zu keinem besseren Zeitpunkt kommen können. Die Wut über jahrelange Einsparungen, das Unvermögen, dem Flüchtlingsthema zu begegnen, die wachsende Bedrohung durch rechtsextreme Parteien, der Panama-Skandal und der mögliche Zerfall der EU sind nur einige Probleme, mit denen sie sich konfrontiert sehen.

Brettos

Selektive Kunst- & Kulturförderung

Kunst & Kultur sind Bereiche, in welchen zu Krisenzeiten stets zuerst eingespart wird, doch recht selektiv. Denn wer von den öffentlichen Geldern für den Bereich tatsächlich profitiert, ist dann immer so eine Sache.... SPÖ „Freunderl“ wie Adi Hirsch und Gerald Pichowetz kassierten 2014 150.000 bzw. 550.000 Euro. FPÖ-nahe Vereine werden unnachvollziehbar subventioniert, so 2015 mit 10.000 Euro im 15. Bezirk in Wien.

Das Amerlinghaus, ein nicht-kommerzielles Kulturzentrum, welches seit 41 Jahren einen Raum für viele linke und alternative Projekte bietet, wird von der Gemeinde Wien dagegen kontinuierlich ausgehungert. Förderungen werden immer weniger, Verantwortung wird von einem Amt zum anderen geschoben. Aktuell fehlen 10.000 Euro für Personal und Miete. Die absurd Antisemitismusvorwürfe gegen das Amerlinghaus bieten

reaktionären, bürgerlichen und rechten Kräften eine Basis zur Rechtfertigung der Kürzungen. Parteiende „Freunderl“ werden mit Steuergeldern überschüttet, für Opern, Festspiele und andere teure (und für die UnternehmerInnen sehr profitable) Spektakel ist genug da, wohingegen kapitalismuskritischen und alternativen Einrichtungen systematisch die Gelder gestrichen werden.

Jens Knoll



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Identitäre: Sonst habt ihr keine Probleme?

Foto: Michael Bonvalot, bonvalot.net

In Österreich macht sich die kapitalistische Krise immer mehr bemerkbar. Rund 500.000 Menschen haben keinen Job. Rund 1,5 Millionen Personen sind arm oder armutsgefährdet. An Wohnungen mangelt es ebenso wie an Spitalsbetten oder Sozialeinrichtungen. Genau davon versuchen die Herrschenden abzulenken. Und die extreme Rechte von FPÖ bis Identitären leisten tatkräftige Hilfe dabei. Dafür kommen Rassismus und das Märchen von „unserem“ kulturellen Niedergang bzw. Identitäts-

aber und machen es Frauen oft unmöglich, einen Job zu finden.

Die zur Zeit stärkste und dynamischste Gruppe auf der extremen Rechten, die Identitären, versuchen besonders stark von sozialen Problemen und deren Ursachen abzulenken. In ihrer Propaganda werden soziale Unterschiede und entgegengesetzte Interessen von UnternehmerInnen, Banken- und Konzernchefs und der ArbeiterInnenklasse gelegnet. Stattdessen phantasieren sie von einer gemeinsa-

tät sei unvereinbar mit der Identität „anderer Völker“. Alle aktuell existierenden Probleme werden auf eine angebliche Krise der Identität zurückgeführt. Gemeinsame Interessen von ArbeiterInnen (wie höhere Löhne, günstige Wohnungen etc.) gibt es für die Identitären nicht. Sie betreiben damit die uralte Teile und Herrsche Politik. Dies geschieht im Interesse von Superreichen, Banken und Konzernen. Wir hier unten sollen uns die Köpfe einschlagen, während sie

einer Minderheit auf Kosten der Mehrheit. Soziale Probleme interessieren die Identitären selbst nicht. In ihren Texten und Reden findet sich kein Wort zu Wirtschaftskrise, Armut und sozialer Verelendung. Während ihnen die Wahrung von Identität heilig ist, spielen Lohnkürzungen, Arbeitszeiterhöhung und Kürzungspolitik für sie keine Rolle. So meinte einer der Anführer der Identitären auf einer unserer Reden über Jobs und leistungsfähigen Wohnraum: "Warum redet ihr über Jobs und Wohnungen? Das interessiert doch keinen". Dies spiegelt klar wider, welcher Klasse die Identitären angehören. Ihre Führung sind Kinder der reichen Eliten, die von sozialen Problemen und den Anliegen von ArbeiterInnen nichts wissen und auch nichts wissen wollen. Sie sind der Feind sozialer Bewegungen und Gewerkschaften und schrecken auch nicht vor Gewaltbereitschaft gegen deren AktivistInnen zurück.

Eine Alternative zu den etablierten Kürzungsparteien stellen sie somit kei-

nswegs dar. Deren Politik können wir nur verhindern - unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Religion - zurückzuschlagen. Die Spaltungslinien unserer Gesellschaft verlaufen nicht entlang künstlicher Identitäten, sondern zwischen unten und oben. So sind zum Beispiel sowohl Flüchtlinge, MigrantInnen, als auch österreichische ArbeiterInnen von Wohnungsnot oder Arbeitslosigkeit betroffen. Dagegen besitzt 1% der Bevölkerung rund 700 Milliarden. Sie profitieren von unserer Arbeitskraft, Krieg und Immobilienspekulation. Der Kapitalismus braucht den Rassismus der Identitären, um sich mit all seinen Ungerechtigkeiten am Leben zu erhalten. Wirkliche Antworten auf die Krise wären u.a. eine Arbeitszeitverkürzung, ein Mindestlohn von 1.700 Euro und eine Offensive im sozialen Wohnungsbau. Das müssen wir aber gemeinsam - verbunden durch unsere „Identität“ als ArbeiterInnen - erkämpfen und mit einem Kampf für eine demokratische sozialistische Gesellschaft verbinden.

Lukas Kastner

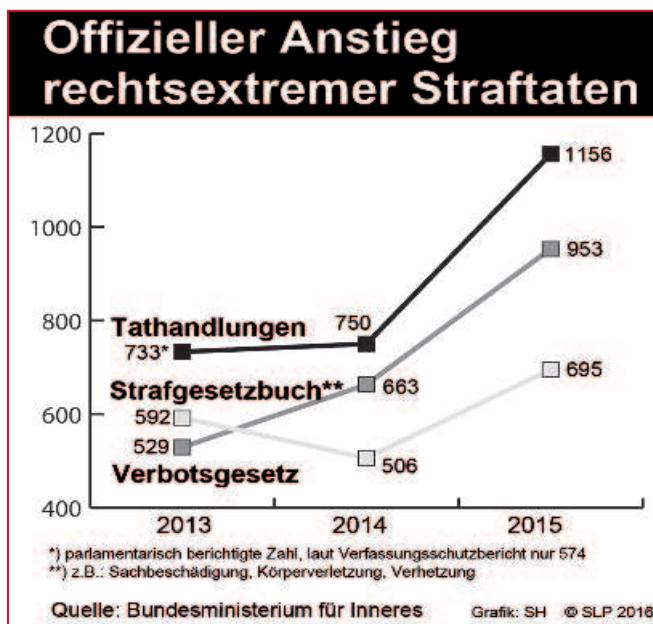
Arbeitslosigkeit, Armut und Wohnungsnot sind unsere wahren Probleme – nicht eine Krise der „Identität“.

verlust durch MigrantInnen und Muslime/Muslimas gerade recht. So beschloss die schwarz-blaue oberösterreichische Landesregierung die stärkere Vermittlung von Brauchtum an Kindergarten. Zur Schaffung von ausreichend Kindergartenplätzen trägt sie jedoch nicht bei. Diese fehlen

men regionalen, nationalen und kulturellen „Identität“. Diese willkürliche Definition ist nur ein anderer Begriff für Rasse und ignoriert auch ganz bewusst Unterschiede zwischen Arm und Reich oder die Tatsache, dass immer mehr Menschen gar nicht gläubig sind. Diese Identitä-

dort oben weiter auf unsere Kosten Profite machen können.

Doch die wahren Ursachen für Kriege, Armut und Wirtschaftskrisen liegen nicht in der Krise einer angeblichen Identität. Sie liegen im kapitalistischen Profitstreben



Was die Identitären wirklich meinen

➤ „Umwölkung“ heißt bei den Identitären „der große Austausch“.

➤ **Immer wieder** versuchen die Identitären, sich auch antikapitalistisch zu geben. Typisch für ihren kleinbürgerlichen Hintergrund sind dabei aber wirre Verschwörungstheorien. Da wird eine Verschwörung zwischen Linken und internationalen Konzernen mit dem Ziel, das heimische Volk auszutauschen, herbeifantasiert. Bei den Nazis wurde von der „Jüdisch bolschewistischen Weltverschwörung“ geredet.

➤ **Statt von Rasse** sprechen die Identitären lieber von Identität. Hinter dem Konzept des „Ethnopluralismus“ steckt die Forderung nach einer völligen Abschottung der Grenzen inklusive Rückführung von MigrantInnen. Flüchtlinge aus Kriegsgebieten werden als „muslimische Invasoren“ bezeichnet.

➤ **„Das Volk erhalten“** werden soll, nach den Identitären, die auch mal auf Kinder losgehen, mit „einer kinderfreundlichen Politik“ inklusive dem Verbot von Abtreibung. Alles außer der traditionellen Vater/Mutter/Kind-Familie wird als Schaden für die Identität gesehen – dafür demonstriert

man auch gemeinsam mit christlichen FundamentalistInnen und Schläger-Nazis. Frauen in der Führung der Identitären gibt es keine, dafür werden Fotos von jungen Frauen gepostet, die entweder möglichst naiv oder sexy wirken.

➤ **Obwohl** die Identitären sich oberflächlich zu Demokratie und Pressefreiheit bekennen, wollen sie vom autoritären Ungarn „siegen lernen“ (Alexander Markovics) und begrüßen, dass „Nicht nur alleine in Ungarn, sondern mittlerweile auch in Polen ein patriotischer Umbau des Staates betrieben wird.“ Nach der Wahl von Van der Bellen verkündeten sie, jegliche demokratischen Mechanismen über Bord werfen zu wollen: „Eines können wir schon heute versprechen: der nächste Präsident wird nur noch gewählt werden, wenn er ein Patriot ist!“

➤ **Wie friedlich** die Identitären sind, zeigen ihre brutalen Angriffe in Spielfeld oder wenn ihr Vorsitzender Martin Sellner in einem Tweet schreibt: „Gott sei Dank hab ich schon ne Waffe gekauft, bevor der Asylwahn begonnen hat. Dürfte schwer sein, jetzt noch was gutes zu bekommen.“

Identitäre: Faschismus 2.0?

14. April 2016: 40 Identitäre stürmen das Theaterstück „Die Schutzbefohlenen“ von Elfriede Jelinek, das von Flüchtlingen, auch Kindern, aufgeführt wird. Die Angreifer verspritzen Kunstblut und attackieren Menschen die sich ihnen in den Weg stellen. Im Saal

men Aktionen und ihren professionellen (und wohl auch sehr teuren) Medienauftritt inzwischen – neben der FPÖ – zur wichtigsten Organisation der extremen Rechten gemausert. Ihre Aktionen werden selbstbewusster und oft auch gefährlicher. Sie haben vom

Die „Identitäre Bewegung“ sind gefährliche Neofaschisten,...

herrscht Panik, Flüchtlinge, die teilweise noch aus Kriegsgebieten traumatisiert sind, fürchten um ihr Leben. Man fühlt sich an die 30er Jahre erinnert, als Nazis regelmäßig Theaterstücke stürmten.

Mit ihren provokanten Aktionen werden die Identitären einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Wer sind sie, woher kommen sie und v.a. was wollen sie?

Die österreichischen Identitären haben sich ihren Aktionismus von den französischen Kameraden der „Génération Identitaire“ abgeschaut. Sie stellen sich selber als patriotische Jugendliche dar, die nichts mit Rassismus und Faschismus zu tun hätten. Sie treten modern und jugendlich auf, benutzen nicht Hakenkreuz, sondern das Lambda (Zeichen der Spartaner aus dem Film „300“). Sie beziehen sich historisch nicht mehr auf den Nationalsozialismus, sondern auf die „konservative Revolution“, eine autoritäre, antidemokratische Strömung aus den 20ern und 30ern.

Die Identitären haben sich durch ihre medienwirksa-

gesellschaftlichen Rechtsruck profitiert. Positionen, die früher nicht einmal der rechte Rand der FPÖ vertreten hätte, werden heute von der Regierung umgesetzt, es kommt zu immer mehr fremdenfeindlichen Übergriffen und die Anzahl an Waffenkaufen ist seit Beginn der Flüchtlingskrise regelrecht explodiert. Da kann sich eine Gruppe wie die Identitären, die nicht in Springerstiefeln und mit Glatze, sondern adrett gestylt daherkommt, leicht als harmlose und besorgte „Patrioten“ präsentieren.

Doch wenn man sich ihre Ideologie, die AktivistInnen und die Methoden genauer anschaut, kann man gut erkennen, dass sie nicht nur rassistisch oder rechtsextrem, sondern auch faschistisch sind. Ihre Ideologie versteckt sich hinter neuen Begriffen, doch gemeint sind die faschistischen Konzepte von Blut und Boden, Rasse und Nation. Es geht nicht um kristallklare Bergseen und Schnitzel und ein gleichberechtigtes Nebeneinander, sondern um eine scheinbare Überlegenheit einer „abendlän-

dischen“ Identität. Diese muss durch möglichst viele Babies „unserer Frauen“ weitergetragen werden.

Anders als die rechtsextreme und populistische FPÖ sprechen die Identitären aber nicht vor allem Leute an, die sich von einer rassistischen Politik vor allem Antworten auf soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, hohe Mieten und Kriminalität erhoffen. Soziale Fragen spielen bei der Propaganda der Identitären kaum eine Rolle. Das liegt auch daran, dass sie sich großteils aus einem studentischen und kleinbürgerlichen Milieu rekrutieren (genau diese Schichten waren auch historisch die Machtbasis des Faschismus, siehe Marx aktuell), die von solchen Problemen gar nicht betroffen sind. Z.B. ist der Vorsitzende der Identitären Sohn eines Badner Arztes und auch der Sohn eines hochrangigen ÖVP-Politikers wurde schon auf einer ihrer Demonstrationen gesichtet.

Wie üblich bei faschistischen Gruppen ist ihre Methode die von Einschüchterung und Gewalt. Wenn sie bei BürgerInnenversammlungen zum Flüchtlingsthema auftauchen und versuchen, Diskussionen zu verhindern, dann dient das der Einschüchterung und ist das Gegenteil von Demokratie. Sie berichten stolz über ihre als Selbstverteidigung getarnten Wehrt sportübungen. Mit der Demonstration, die sie diesen Juni in Wien Ottakring veranstalten, demonstrieren sie schon



zum zweiten mal durch einen migrantisch geprägten ArbeiterInnenbezirk. Solche Aufmärsche zur Provokation und Einschüchterung waren immer schon zentrale Taktik jeder faschistischen Gruppe. Und am Rande dieser Mobilisierungen kommt es auch zu brutaler Gewalt: in Wien, in Graz, in Spielfeld. Teilweise waren bekannte Identitäre dabei, teilweise „nur“ die Schlägernazis, mit denen sie gemeinsam demonstrieren.

Ihre Ideologie und Praxis bildet ein perfektes Sammelbecken für verschiedene-

oder auch in der FPÖ. Darüber hinaus gelingt es den Identitären auch, eine neue Schicht sich nach rechts radikalisierender Jugendliche für sich zu gewinnen. Gerade weil sie eben ein Angebot setzen, das auf den ersten Blick harmloser ist als klassische Neonazistrukturen.

Obwohl sich FPÖ-Spitzen immer wieder von den Identitären distanzieren, gibt es teilweise große Überschneidungen. Der FPÖ-Vizebürgermeister von Wr. Neustadt begrüßte die Identitären auf einer Demonstration gegen Flüchtlinge überaus

lingsthematik, immer mehr (vor allem kleinbürgerliche Schichten) nach rechts radikalisieren. Auch die Identitären werden von diesem Prozess beeinflusst werden. Umso mehr z.B. Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte zunimmt, umso mehr werden auch Teile der Identitären „radikalere“ Aktionen fordern als Medienaktionen. Gleichzeitig haben andere Identitäre noch die Hoffnung, breitere Schichten an „besorgten“ rassistischen BürgerInnen zu erreichen und schrecken deshalb auch noch vor offener Gewalt zurück.

Aber egal, ob die Identitären oder andere neue Gruppen – die antifaschistische Linke muss sich bewusst sein, dass die zunehmende gesellschaftliche Krise zu faschistischen Gruppen führt, die wir bekämpfen müssen. Egal, ob die Hakenkreuze und Glatze oder Lambda und Undercut tragen.

D.h. antifaschistischer Selbstschutz, die Verteidigung von linken Veranstaltungen und Flüchtlingsunterkünften sowie Massenblockaden gegen faschistische Aufmärsche werden in Zukunft immer wichtiger werden.

Aber vor allem wird es immer dringender, endlich eine neue sozialistische ArbeiterInnenpartei aufzubauen, die nicht nur eine echte Alternative zu Rassismus darstellt, sondern auch faschistische Gruppen entschlossener bekämpfen kann.

Christoph Glanninger

... aber sie sind keine Massen-Bewegung!

ne rechtsextreme und faschistische Zugänge. Bei den Aktionen der Identitären finden sich Burschenschaften, Neonazi-Hooligans und der rechte Rand der FPÖ. Lassen wir uns nicht von der massiven Medienpräsenz täuschen: sie sind nach wie vor eine kleine, überschaubare, aber sehr aggressive Gruppe. Sie sind weitgehend isoliert und weit entfernt von einer „Bewegung“. Das zeigt, dass es – unabhängig von ihrem selbstbewussten Auftreten – aktuell nicht das Potential und den gesellschaftlichen Rahmen für eine faschistische Massenbewegung gibt. Es findet also v.a. ein Umgruppierungsprozess in der rechten Szene statt. Auch einige der Kader der Identitären haben eine Vergangenheit in der Neonazi-Szene

freundlich „Liebe Identitäre Bewegung, ich begrüße Euch recht herzlich in Wiener Neustadt! Hier seid Ihr sehr herzlich willkommen!“ Ein steirischer Bezirksobermann der FPÖ beteiligte sich an der Besetzung der grünen Partezentrale in Graz durch die Identitären. In Mistelbach wird gemeinsam demonstriert und in Wien kandidierte eine identitäre Aktivistin auf der Liste der FPÖ. Die Identitären sind ein Angebot für jene, für die „nur“ FPÖ wählen nicht mehr genug ist.

Die Identitären verändern sich, sie werden selbstbewusster, treten offener auf und zeigen ihre Ideologie deutlicher. Die zunehmende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Krise wird, auch angetrieben durch die Flucht-



Marx aktuell

Viele Theorien über das Wesen rechtsextremer und faschistischer Bewegungen führen den Faschismus einfach auf psychologische Merkmale oder die Leichtgläubigkeit von Menschen zurück, die sich in Krisenzeiten von Demagogen ansprechen lassen würden. Doch diesen Theorien fehlt ein Bezug auf die kapitalistischen Klassenverhältnisse, aus denen der Faschismus hervorgeht und auf die er sich stützt. Um den Faschismus zu verstehen, ist es aber nötig, auf seine sozialen Bedingungen einzugehen. Trotzki hat das Kleinbürgertum als Basis des Faschismus analysiert – eine bunte und widersprüchliche Mischung aus KleinunternehmerInnen, Gewerbetreibenden, höheren Beamten, Selbstständigen usw. Es existiert zwischen den zwei Hauptklassen, Proletariat und Bourgeoisie, und schwankt dementsprechend zwischen ihnen. Es „will antika-

Das Kleinbürgertum als Basis des Faschismus

pitalistisch sein, ohne aufzuhören, kapitalistisch zu sein. Es will den schlechten Charakter des Kapitalismus zerstören, d.h. die Tendenzen, die es selbst ruiniieren, und zugleich den guten Charakter des Kapitalismus erhalten, der es ihm erlaubt, zu leben und sich zu bereichern.“ (Abraham Leon, Die jüdische Frage, 1940) Durch kapitalistische Krisen wird es verdrängt und bekommt Angst vor einer Deklassierung.

Wenn in Zeiten der schweren sozialen Krise die ArbeiterInnenbewegung auch unter einer politischen Krise leidet, die Führung also keinen revolutionären Ausweg zeigen und somit das Kleinbürgertum für einen gemeinsamen Kampf gewinnen kann, wird es für den Faschismus anfällig. Dieser verspricht ihm einen solchen „antikapitalistischen Kapitalismus“, vor allem durch den Antisemitismus: „Während er sich vor dem kapitalistischen System verbeugt, bekriegt der Kleinbürger den bösen Geist des Profits in Gestalt des polnischen Juden.“ (Leo Trotzki, Porträt des Nationalsozialismus, 1933). Die kleinbürgerliche Basis ist auch bei heutigen rechtsextremen Bewegungen erkennbar: Eine von der Süddeutschen Zeitung veröffentlichte Untersuchung über die TeilnehmerInnen bei einer Pegida-Demonstration in Dresden 2015 ergab, dass sie überwiegend gut ausgebildet (28% hatten einen Hochschulabschluss) sind und über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügen. Die Mitgliedschaft und Führung der FPÖ setzt sich stark aus KleinunternehmerInnen und AkademikerInnen (wie die Burschenschaften) zusammen.

Wenn sich die Krise radikal verschärft und nicht von links beantwortet wird, kann es in diesen Schichten ein faschistisches Potential geben, das zum Rambock gegen die ArbeiterInnenbewegung eingesetzt werden kann: „Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat.“ (Was Nun?, 1932). An der Macht zerschlägt der Faschismus die ArbeiterInnenbewegung und alle ihre Organisationen zugunsten des Großkapitals – doch das Kleinbürgertum hat davon wenig bis nichts. Die versprochene Volksgemeinschaft erweist sich als Lüge, das Großkapital dominiert noch brutaler. Aus seiner zwiespältigen Position kann das Kleinbürgertum nur durch die Abschaffung aller Klassen durch den Sozialismus gerettet werden.

Marcus Volodarsky



Faschismus und ArbeiterInnenklasse: Unversöhnliche Gegner!

Der Kapitalismus ist in der Krise. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, muss die Ausbeutung der Beschäftigten erhöht werden. Durch Rassismus soll Widerstand gegen erhöhten Arbeitsdruck und niedrigere Löhne gespalten und damit geschwächt werden. Die Ideologie von „Volk“, „Nation“ oder „Identität“ soll von den Klassengegensätzen zwischen ArbeiterInnen und UnternehmerInnen ablenken. Der Front National ist gegen die aktuel-

lichen Bewegungen wie Unibrennt oder bei größeren Klassenkämpfen wie den Metallerstreiks ist die FPÖ in die Defensive gedrängt. Sie traut sich erst wieder in die Offensive, wenn diese Bewegungen abflauen bzw. als Niederlage enden.

FaschistInnen gehen noch weiter, sie greifen die Organisationen der ArbeiterInnenklasse, Gewerkschaften und ArbeiterInnenparteien, direkt an. Immer wieder greifen Neonazis in Deutschland

zirkeln und in den Gewerkschaften. Das tau-sendste „Fest der Freude“, die x-te moralische Entrüstung über das Tragen einer Kornblume (Erkennungszeichen der illegalen Nazis) sind absolut unzureichend.

Dazu braucht es v.a. eine Gewerkschaftspolitik, die keinen Unterschied zwischen „österreichischen“ und „migrantischen“ Beschäftigten macht. In Hamburg hat die Gewerkschaft ver.di Lampedusa-Flüchtlinge als Mitglieder

der „Akademikerball“ ist: ein Vernetzungstreffen von Rechtsextremen und Faschisten. In Deutschland stellen die Gewerkschaften, auch weil es eine starke Linkspartei gibt, die ein Wegsehen der Gewerkschaft erschwert, teilweise die Infrastruktur und rufen auch auf zu den großen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wie in Dresden. Gegen den „Anti-Islam“-Kongress in Köln 2008 gab eine Großmobilisierung unter Beteiligung des deutschen Gewerkschaftsbundes, der 60.000 Menschen auf die Straße brachte. Auch FPÖ Granden wie Gudenus oder Vilimsky wurden so stundenlang blockiert. In England gehörten Gewerkschaftsfahnen zur Grundausstattung antirassistischer und antifaschistischer Demonstrationen.

Oft ergreifen Beschäftigte auch spontan die Initiative: als im Dezember 2012 eine junge schwarze Frau in Montevideo (Uruguay) von Rassisten fast zu Tode geprügelt wurde, gingen spontan die Spitalsbeschäftigen nach Dienstende auf die Straße, tausende schlossen sich an.

Als in Malmö (Schweden) ein LGBT-Aktivist von Neonazis ermordet wurde, kam es gerade aus den ArbeiterInnenvierteln und unter linken GewerkschafterInnen zu einer Mobilisierung. 10.000

Rechte schwächen die ArbeiterInnenklasse, um den Kapitalismus zu stärken – Antifaschismus braucht Antikapitalismus!

len Proteste in Frankreich (siehe Seite 12). Obwohl 60% ihrer WählerInnen den Widerstand befürworten, bezeichnet z.B. die Nichte von Marine le Pen (selbst Abgeordnete) die Menschen als „Randalierer“. Die FN unterstützt die Polizei, die mit äußerster Gewalt auf die Demonstrationen einprügelt – und zeigt so ihr wahres Gesicht. Auch in Österreich kann man eine Verbindung zwischen Klassenkampf und dem Kampf gegen Rechts ziehen. So war auf dem Höhepunkt des Widerstandes gegen die schwarz-blau Regierung (2003) das streikreichste Jahr seit 1945 und bei starken gesellschaft-

1. Mai Kundgebungen und Aufmärsche der Gewerkschaft an, in Dortmund, Weimar und anderen Orten. Auch in anderen Ländern greifen Rechtsextreme nicht nur MigrantInnen und Linke an, sondern speziell auch GewerkschafterInnen und Streikende. Die ArbeiterInnenbewegung hat daher mehr als nur ein moralisches Interesse daran, Rechtsextreme und FaschistInnen zu bekämpfen.

Um effektiv alte und neue Rechte zurückzuschlagen, brauchen wir den gemeinsamen Kampf von In- und AusländerInnen, vereint in den Wohnbe-

aufgenommen und deren Kampf organisiert. In Berlin hat die Gewerkschaft GEW der LehrerInnen und ErzieherInnen den Aufruf für eine antirassistische Demonstration unterstützt, wo die Verbindung zwischen sozialer Frage und Rassismus hergestellt wurde. In Kassel sprachen auf den Demonstrationen gegen Pegida führende GewerkschafterInnen, darunter der Betriebsratsvorsitzende von VW. In Österreich haben Teile der Gewerkschaften zu den Protesten gegen den WKR-Ball aufgerufen. Das war ein wichtiger Baustein dabei, einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen, was

marschierten gegen rechte Gewalt in Malmö, 5.000 in Göteborg. Solche großen Mobilisierungen sind ein Rückschlag für die Rechten, weil sie zeigen, dass die Rechten eine isolierte Minderheit sind, die durch Gewalt Stärke aufbauen will. Auch in Stockholm gab es 2013 mehrmals riesige Demonstrationen als Reaktion auf Naziübergriffe. Sie wurden organisiert von einem Netzwerk von lokalen AktivistInnen, v.a. aus ArbeiterInnenvierteln. Der zentrale Sprecher des Netzwerks war ein Busfahrer und Gewerkschafts-Aktivist. Eine liberale Zeitung beschwerte sich darüber, dass die Demonstration soziale Fragen aufgegriffen hatte, weil sie meinte, das hätte nichts mit Antirassismus zu tun. Die Nazis aber waren massiv demoralisiert und geschwächt! Das zeigt, wie wichtig es ist, soziale Fragen, also die steigenden Mietpreise, die schlechte Bezahlung im Job oder die Angst, die kaputte Waschmaschine nicht bezahlen zu können, von Links zu beantworten. Weil Antifaschismus und Antirassismus auch eine Perspektive braucht, waren auch früher schon Mobilisierungen gegen rechts mit dem Ziel einer anderen, einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft verbunden.

Moritz Erkl

„Homefront 2“ - Revolution?

Am 25. Mai erschien der 2. Teil der Ego-Shooterreihe Homefront. Der Untertitel „Revolution“ wirft nun die Frage auf, was die EntwicklerInnen meinen: einen Befreiungskampf der ArbeiterInnenklasse? Oder doch plumpe Hetze gegen den „Kommunismus“? Aus dem 1. Teil weiß man schon, dass sich ein stalinistisches Nordkorea unter der Führung von Kim Jong Un Südkorea einverleibt hat und die US-Wirtschaft aufgrund des Mangels an Erdöl kolabiert. Nordkorea zündet eine EMP-Bombe und marschiert ein, bis das US-amerikanische Heer völlig zerschlagen ist und sich entmutigt zerstreut hat. Ein völlig absurdes Szenario, das immer wieder beschworen wird, um die aktuell in den USA bei Millionen Menschen aufkeimenden sozialistischen Ideen zu diskreditieren. In Homefront kämpft man, nachdem man knapp einem Umerziehungslager entgangen ist, als Mitglied des Widerstandes gemeinsam mit den Resten der US-amerikanischen Armee gegen die nordkoreanische Besatzung. Die große amerikanische Freiheit tritt, vertreten durch die Bevölkerung, entschieden gegen den bösen Kommunismus auf. Hinter der rebelli-

schen Maske verbirgt sich also bei Homefront nichts weniger als eine Liebeserklärung an US-Kapitalismus.

Homefront ist der Donald Trump unter den Games: Es versucht, die berechtigte Wut über Armut und staatliche Willkür in eine reaktionäre Rebellion zu lenken. Kommunismus und Stalinismus werden gleichgesetzt und sogar mit dem Faschismus in Verbindung gesetzt: So arbeiteten die EntwicklerInnen für Promo-Zwecke mit NS-Symbolik. Dadurch, dass „Links“ mit dem System identifiziert wird, kann die Rebellion nur eine rechte sein. Vom Gameplay her, war der erste Teil nicht mehr als ein schwacher Call of Duty Abklatsch. Wird sich jetzt im 2. Teil etwas ändern? Wohl kaum. Es wird der Multiplayer ausgebaut, aber die politische Aussage bleibt gleich. Man spielt noch immer einen Widerständler, der der „Voice of Freedom“ folgt und dem bösen Kommunismus einheizen will. Um das kapitalistische Ausbeutungssystem zu verteidigen, werden die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf gestellt – schließlich sind es Linke, die weltweit gegen Unterdrückung kämpfen. „Make America great again“ wäre wohl der passendere Untertitel.

Peter Hauer



#Heforshe und Panama

Immer wieder machen sich Promis für Frauenrechte

samen Kampf von Frauen und Männern, um Gleich-

wird auf ca. 25 Mio. US Dollar geschätzt, auch sie war scheinbar in Panama Papers involviert, angeblich um eine Immobilie anonym zu kaufen. Eine Frau, die selbst enormen Reichtum besitzt, ist also der Meinung, dass Rücksichtnahme von Männern reicht, um Gleichheit zu erlangen?

Aber von welcher Gleichheit redet sie da überhaupt? Sind wir etwa gleich, wenn wir alle netter miteinander umgehen? Women of Color, arme und kranke Frauen bleiben ausgeschlossen von diesem „white feminism“. Emma Watson geht von ihrem eigenen Standpunkt als weiße, privilegierte Frau aus. Ihr Privatvermögen

Theresa Reimer

Der bürgerliche Feminismus schützt die wahre Grundlage von Sexismus: den Kapitalismus.

stark, so auch die Schauspielerin Emma Watson, die über UN Women #HeforShe ins Leben gerufen hat. Bei dieser Kampagne liegt der Fokus hauptsächlich darin, Männern zu vermitteln, dass auch sie nicht von der Ungleichheit von Frauen profitieren und Männer somit aufzurufen, solidarisch zu sein. Natürlich braucht es einen gemein-

berechtigung zu erlangen.

Sind wir etwa gleich, wenn wir alle netter miteinander umgehen? Women of Color, arme und kranke Frauen bleiben ausgeschlossen von diesem „white feminism“. Emma Watson geht von ihrem eigenen Standpunkt als weiße, privilegierte Frau aus. Ihr Privatvermögen

Kampagne gegen Studiengebühren muss jetzt beginnen!



Kerns neue Bildungsministerin Sonja Hammerschmid war 2010-16 Rektorin der Veterinärmedizinischen Universität Wien. Studiengebühren hat sie, als es kurzzeitig gesetzlich möglich war, dort auch eingehoben. Neben den Studiengebühren ist Hammerschmid außerdem für verstärkte Zugangsbeschränkungen an den Unis. Das „ideologische Arbeiterkind“, wie sie sich selbst nennt, geht damit explizit den Weg der ÖVP. Denn für

sie hätten SPÖ, ÖVP, aber auch Neos Themen, die sie ansprechen. Klar sollte hiermit sein, dass die SPÖ durch Kern definitiv keinen Linksruß mitmacht. Auch mit Hammerschmid wird der Kuschelkurs Richtung ÖVP fortgesetzt. Wenn die ÖH sich in einer Presseaussendung „besorgt“ und „irritiert“ zeigt, wird das zuwenig sein, um die nächsten Angriffe aufs Bildungswesen zurück zu schlagen.

Alois Hofer

Widerling des Monats

Felix Baumgartner



Der finanzkräftige Selbstdarsteller hetzt auf Facebook gegen Menschen, die vor Krieg fliehen – selbst ist er vorm Finanzamt in die Schweiz geflohen. Er macht Werbung für die FPÖ, macht Frauen herunter, lästert über Gewerkschaften und will eine „gemäßigte Diktatur“. Passt eh alles grauslich zusammen.



Frankreich – Neues Arbeitsgesetz? C'est non!

Frankreich. Mai 2016. Die Raffinerien und Kohle-Depots werden blockiert und bestreikt. Immer mehr Tankstellen gehen die Reserven aus – die Regierung schickt Polizeistaffel, um die Blockaden brutal aufzulösen. Bahn-Gewerkschaften rufen zum unbefristeten Streik auf, der gesamte Zugverkehr wird wöchentlich lahmgelegt. Bei landesweiten Aktions-tagen sind hunderttausende Beschäftigte, Arbeits-

beseitigt, der Rahmen des Arbeitstages auf 12 Stunden, die Arbeitswoche auf 44 bis 46 und in einzelnen Fällen sogar auf 60 Stunden pro Woche (!) ausgeweitet werden. Durch Lockerungen des Kündigungsschutzes sollen prekäre Arbeitsverhältnisse massiv ausgeweitet werden.

Es ist die sich selbst „links“ nennende Regierung unter der „Sozialistischen“

In den letzten Monaten waren Hunderttausende, am 31. März sogar über 1,5 Millionen, auf der Straße. Vor allem die Jugend ist ein wichtiger Teil des Motors der Bewegung, denn sie weiß, dass die Errungenschaften der Vergangenheit nicht nur verteidigt werden müssen – es geht darum, das ganze System, das genau diese angreift, in Frage zu stellen und letztendlich auch zurück zu schlagen.

Stunden die hohen Gebühren der privatisierten Autobahnen zu ersparen. Gemeinsame Versammlungen und Diskussionen mit Gewerkschaften finden statt, man unterstützt sich gegenseitig.

Und gerade die Gewerkschaften sind es, die das Land auf die Straßen bringen. Es ist die mächtige CGT, die unter dem Druck der Basis dazu gedrängt wird, gemeinsam mit sämtlichen anderen Gewerkschaften landesweite Proteste zu organisieren, Arbeitskämpfe zu unterstützen und eben zusammenzuführen. Und dieser Druck wächst: mit den sich radikalisierenden Streiks wird der Kampf auf eine neue Ebene gehoben. Mit der zeitweilige kompletten Blockade der Treibstoff-Versorgung wird das kapitalistische System in seinen Grundfesten angegriffen und die unglaubliche Kraft der ArbeiterInnenklasse deutlich: ohne uns fließt kein Tropfen Benzin und das Land wird lahmgelegt.

Der Kampf gegen das Arbeitsgesetz kann Frankreich an eine Weggabelung bringen. Präsident Hollande hat das Gesetz per Notverordnung, dem Dekret 49.3, ohne Beschluss durchpeitschen lassen. Am 14. Juni soll der Senat entscheiden – ein Entscheidungs-Tag, v.a. auf der Straße. Premier Valls

Frankreichs ArbeiterInnenklasse wehrt sich gegen den Generalangriff der Regierung und zeigt ihre Stärke.

lose und Jugendliche auf der Straße und vereinen die zahlreichen sich ausbreitenden lokalen Kämpfe zu einem massiven Widerstand. Demonstrationen, Streiks, Blockaden – der Kampf gegen das neue Arbeitsgesetz „El Khomri“ und die verhasste Hollande-Valls-Regierung spitzt sich immer weiter zu.

Denn dieses Arbeitsgesetz bedeutet einen Generalangriff auf elementare Errungenschaften der französischen ArbeiterInnenbewegung. Nach dem Motto „Zurück in die Zukunft“ sollen diese abgeschafft, und die ArbeiterInnenklasse 100 Jahre zurückgeworfen werden. Die französische 35-Stunden-Woche soll de facto

Partei PS, die sowohl für die massiven Angriffe auf das Arbeitsrecht, als auch für die brutalen Angriffe auf den Widerstand da gegen verantwortlich ist. 15-jährige SchülerInnen, die von der Spezialeinheit der Polizei geprügelt, GewerkschaftsaktivistInnen, die mit Tränengas beschossen werden – das ist die Politik von Hollande und Valls! Allen ist klar: diese Regierung steht auf der Seite der Reichen, Banken und Konzerne. Der französische Kapitalismus soll fit für den Wettbewerb gemacht, und die Profite der Kapitalisten sollen gesichert werden.

Der Widerstand ist enorm und vielschichtig.

hat angekündigt, bis zum Ende gehen zu wollen und die Blockaden der Raffinerien um jeden Preis zu beenden. Obwohl nach wie vor mehr als 71% das Gesetz ablehnen und sogar ein Großteil der Menschen trotz Benzin-Engpässen die Blockaden der Raffinerien unterstützen, hat die Beteiligung an den großen Aktions-tagen teilweise abgenommen – die Mobilisierungen sind also noch nicht zahlenmäßig explodiert. Millionen von Jugendlichen, von nicht gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen und Arbeitslosen sind noch nicht in den Widerstand involviert – sie müssen auf die Straße gebracht werden! Es gilt eine Generalstreiksbewegung aufzubauen, die Millionen von Menschen mobilisiert und dieses System komplett blockiert. Ähnlich wie in den Mai-Tagen '68 würden solche Streiks die Machtfrage in diesem System stellen. Doch um diese beantworten zu können, braucht es auch eine politische Alternative, die den Widerstand in sich vereint, eine Strategie entwickelt und umsetzt, die die Bewegung zum Erfolg tragen kann und die dem Kapitalismus mit einem sozialistischen Programm den Kampf ansagt.

Stefan Gredler aus Paris
Gauche Révolutionnaire
CWI in Frankreich
www.gaucherevolutionnaire.fr

Brexit: Sozialismus statt EU!

Das Gespenst des Brexit (Britannien verlässt die EU) sucht KapitalistInnen in Britannien und der EU heim. Tory-Premierminister Cameron schürt verzweifelt Angst vor einem Brexit und preist die Vorteile der EU. Gleichzeitig gibt es zwei Anti-EU Kampagnen, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Die eine ist nationalistisch & prokapitalistisch, die andere links & internationalistisch. Beide setzen bei der berechtigten Wut auf EU und Sparpolitik an. Allerdings schürt die nationalistische Kampagne Rassismus und die Illusion, ein Brexit könne die wirtschaftlichen Probleme lösen. Regierung und NationalistInnen repräsentieren unterschiedliche Teile des Kapitals und ihre Interessen. Lösungen für die Krise haben beide nicht.

Die EU und ihre Spardiktaturen sind zutiefst verhasst - man sehe sich nur an, was sie Griechenland aufzwang. Gleichzeitig hat ein Teil der ArbeiterInnen berechtigte Angst vor den Konsequenzen eines Brexits. Die sozialistische „Vote Leave“ Kampagne zeigt eine Alternative zu Nationalismus UND dem Europa der Banken und Konzerne auf: ein Europa der ArbeitnehmerInnen sowie internationale Soli-

Laura Rafetseder

darität mit Klassenkämpfen in ganz Europa. TUSC und die Socialist Party (CWI in Britannien) rufen auf, gegen einen Verbleib in der EU zu stimmen. Sie verbinden das mit der Ablehnung des kapitalistischen Systems und warnen davor, dass ein Brexit allein die wirtschaftlichen Probleme nicht lösen, sondern vertiefen würde. Sie fordern u.a. ein klares Nein zu Kürzungen und dass die Kommunen „No Cuts“-Budgets verabschieden. Ein Ergebnis pro Brexit wäre ein Schlag für die herrschende Klasse, aber die Frage ist, was die Alternative zur kapitalistischen EU ist. In Griechenland hätte Syriza die Banken verstaatlichen und die Schuldenzahlung stoppen können. Eine sozialistische Regierung hätte die Schlüsselwirtschaft übernommen, um Kapitalflucht zu verhindern und die Wirtschaft demokratisch geplant, um die Armut zu bekämpfen. Gemeinsam mit den anderen Peripheriestaaten hätte sie den Grundstein zu einem sozialistischen Europa legen können. Auf diese BündnispartnerInnen - die ArbeiterInnenbewegung in Europa - orientiert die sozialistische „Vote Leave“ Kampagne von TUSC und SP.

Laura Rafetseder



USA: Die Revolution geht weiter

Ein politisches Erdbeben erschüttert die USA. Bernie Sanders, der sich selbst als Sozialist bezeichnet, ruft zur „politischen Revolution“ gegen die Klasse

an schlechte Karten: v.a. aufgrund seiner falschen Entscheidung, innerhalb der Demokraten zu kandidieren. Die Partei tut alles, um seine Kampag-

terorganisation der SLP) fordert Sanders auf, mit den Demokraten zu brechen und unabhängig zu kandidieren, zumindest in den Staaten, die sowieso traditionell republikanisch oder demokratisch wählen.

Sanders begeistert Millionen ArbeiterInnen und versetzt das Establishment in Schrecken.

der Milliardäre“ auf. Seine Kampagne hat mit ihren riesigen Kundgebungen der großen Wut, die in den USA wegen der Dominanz der Konzerne über die Politik herrscht, Ausdruck verliehen.

Auch wenn Sanders mehr Menschen mobilisieren konnte als alle anderen KandidatInnen, hatte er von Anfang

ne zu sabotieren und unterstützt, wie auch Großkonzerne und Wall Street, Hillary Clinton. Doch obwohl Sanders den Kampf um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten so gut wie verloren hat, findet die Bewegung um seine Person keinen Abbruch.

Socialist Alternative (amerikanische Schwes-

terorganisation der SLP) fordert Sanders auf, mit den Demokraten zu brechen und unabhängig zu kandidieren, zumindest in den Staaten, die sowieso traditionell republikanisch oder demokratisch wählen.

Eine Petition für seine unabhängige Kandidatur unterschrieben allein im ersten Monat über 24.000 Menschen. Dies könnte der Startpunkt für eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche sein, die in den USA dringend notwendig ist. Denn die Demokratische und die Republikanische Partei unterscheiden sich kaum. Beide machen Politik im Interesse für Banken und Konzerne.

Nicolas Prettner

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Generalstreik in Nigeria

Obwohl das Land einer der größten Ölförderer der Welt ist, sollen die Spritpreise um 67% erhöht werden, das verteuert den öffentlichen Verkehr, Kochen, Stromerzeugung. Damit werden die Kosten für Wirtschaftskrise und Korruption auf den Schultern der ArbeiterInnen abgeladen. Doch diese setzt sich zur Wehr: Ab dem 18. Mai riefen die größten Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Als die Regierung den Aus-

stand verbot, zogen Teile der Gewerkschaftsbürokratie zurück. Daher begann der Ausstand zwar lückenhaft, dennoch beteiligten sich hunderte ArbeiterInnen an Streikdemonstrationen durch die Hauptstadt Abuja. Democratic Socialist Movement (CWI in Nigeria) beteiligt sich am Streik und fordert eine demokratische Organisation unabhängig von der feigen Gewerkschaftsbürokratie.

www.socialistnigeria.org

Antirassismus in Hongkong

Seit Wochen betreiben rechte Pro-Regierungs-Parteien eine rassistische Schmierkampagne gegen angebliche „falsche“ Flüchtlinge. Das, obwohl Hongkong gerade einmal 11.000 Flüchtlinge aufgenommen hat. Tatsächlich will die Regierung von den eigentlichen Problemen ablenken, etwa der zusammenbrechenden Da-seinsvorsorge, dem lückenhaften Pensionssystem und dem Mangel an leistbaren Wohnraum und

Demokratie. Die Schmierkampagne wird genau von jenen Politikern unterstützt, die für diese Missstände verantwortlich sind und die Diktatur in Festlandchina beim Abbau demokratischer Grundrechte unterstützen. Am 30. April organisierte Socialist Action (CWI in Hongkong) gemeinsam mit der Gewerkschaft der Flüchtlinge einen antirassistischen Marsch mit über 200 TeilnehmerInnen.

www.socialism.hk

Athen: Streik

Von 16.–18. Mai streikten die Athener BusreinigerInnen für die seit vier Monaten ausstehenden Löhne und erträgliche Arbeitsbedingungen. Die Bosse hatten zuvor versucht, den Streik gerichtlich zu verbieten. Als Zeuge beim Gerichtsverfahren trat Apostolis Kassimeris auf, Funktionär der Busfahrgewerkschaft und Mitglied von Xekinima (CWI in Griechenland), die den Streik aktiv unterstützt.

www.xekinima.org



Der kleine Mann und das Großkapital – Der Spagat der FPÖ

Die **FPÖ-Propaganda** setzt auf „soziale“ Slogans, um Kleinbürgertum und mangels Alternative zu recht wütende von sozialer Misere Betroffene zu keilen. Doch dahinter steckt neoliberales Programm. Der intellektuelle thinktank dahinter ist der „Atterseekreis“. Dieser wurde 1971 rund um den Ring Freiheitlicher Studenten (RFS), Friedrich Peter (im 2. Weltkrieg zuletzt als Obersturmführer beim 10.

Mit pseudo-intellektuellem Geschwurbel wird versucht, beinharte Interessensvertretung für Superreiche zu begründen. Zentral ist hier das Pamphlet „Mut zur Wahrheit“ zu nennen, welches Haimbuchner gemeinsam mit Alois Gradauer herausgab. Dort schreiben nicht ohne Grund auch VertreterInnen des Großkapitals und Neoliberalen von außerhalb der FPÖ.

en, Aufrüstung. Das entspricht auch dem FPÖ-Programm.

Und das alles ist keine graue Theorie, sondern knallharte Praxis: Pensionskürzungen hat die FPÖ bereits unter schwarzblau ganz groß umgesetzt (schon vergessen?). Gefordert wird die „Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft und der Pflichtbeiträge“, d.h. die

eine eigene Ausgabe des „Attersee-Reports“ gewidmet.

Der Atterseekreis ist also eine Formation des (Groß) Kapitals, welches mit der etablierten Politik unzufrieden ist und schnellere und massivere Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse durch Sozialabbau, Niedriglöhne, sowie gewaltsame Aufstandsprävention und -niederschla-

sismus mit sozialem Männelchen behängt, fordert das Atterseekreis-Pamphlet: „Ausgleichszulagen und Mindesteinkommen (die in Österreich derzeit weit über dem europäischen Schnitt liegen) dürfen höchstens 65 Prozent des niedrigsten Kollektivvertrags-Vollzeitlohns betragen“. Die FPÖ-Praxis: Haimbuchner setzt in Oberösterreich derzeit die Kürzung der Mindest-

Mit der Wiederbelebung des Atterseekreises sendet die FPÖ ein deutliches Zeichen ans Großkapital und die ÖVP.

Regiment der 1. SS-Infanteriebrigade, die zahlreiche Kriegsverbrechen beging), Friedhelm Frischenschlager und Norbert Steger gegründet, schließt dann aber ein. 2012 wurde er auf Initiative des oberösterreichischen FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreters Manfred Haimbuchner wiederbelebt. Damit bereitet sich die FPÖ auf die Regierungsarbeit vor und wirbt um die Gunst von Wirtschaft und ÖVP. Auch deshalb wird im Atterseekreis parteiübergreifend gearbeitet. Haimbuchner ist Teil von Straches Schattenkabinett und erarbeitet maßgeblich ein „Regierungsprogramm“ für die FPÖ. Mit dem Atterseekreis signalisiert die FPÖ dem (Groß)kapital: „Seht her, ihr braucht keine Angst vor unserer sozialen Rethorik zu haben“.

Autoren aus der Industriellenvereinigung schreiben hier neben bekannten Rechtsextremisten: Andreas Unterberger (Oberliberaler des Zentralorgans des Neoliberalismus, „Die Presse“), Andreas Möller, Thomas Chorherr, Ulrich Schlüter (Schweizer SVP), Joachim Haindl-Grutsch (Industriellenvereinigung OÖ), Hans Olaf Henkel (Chef von IBM Europa und Präsident des BDI, Bund Deutscher Industrie) u.a.

Während auf FPÖ-Plakaten die sozialen Probleme samt rassistischer Scheinlösungen gebrüllt werden („Sichere Pensionen statt Asyl-Millionen“), lautet das Wunschprogramm in „Mut zur Wahrheit“: Erhöhung des Pensionsantrittsalters, niedrigere Pensionen, Wehrpflicht für Frau-

Abschaffung der Arbeiterkammer. Haimbuchner und Gradauer beklagen „hohe Steuern“, „hohe Umweltauflagen“ und „absurde Klimaschutzzvorschriften“, eine angebliche Unfinanzierbarkeit des Pensionssystems, zu wenig „heimische Österreicher“ und die schwächelnde Konjunktur und fordern im Vorwort, um dieser Situation „Herr zu werden“: „...Führungs-persönlichkeiten, welche die Probleme in Angriff nehmen. Jedoch wird die Anzahl echter Führungs-persönlichkeiten, sprich Eliten, im politischen Ge-triebe immer geringer.“ Der nach Meinung der rechtsextremen und neoliberalen VordenkerInnen unbedingt notwendigen Elite wird gar im Pamphlet ein ganzes Kapitel und

ung verlangt. Die immer kleiner und immer reicher werdende Minderheit, die auf Kosten der anderen lebt, versucht sich selbst als „Elite“ darzustellen und zu begründen; als eine Elite, die sich angeblich intellektuell abhebt und angeblich nötig ist. Die sich zusätzlichen Klassenwidersprüche, die immer absurd werden Ungleichheit machen die rechts-neoliberalen Begehrlichkeiten nachvollziehbar, aber nicht besser. Aus dem Atterseekreis spricht die blanke - be-rechtigte - Angst vor sozialen Bewegungen, vor Widerstand, vor der Explosion des Unmutes über die Ungerechtigkeit. Während die FPÖ unter dem Slogan „Hilfe für unsere Armen statt Türen auf für Wirtschaftsflüchtlinge“ Ras-

sicherung durch, die für Arme - vor allem Frauen - ein menschenwürdiges Leben verunmöglicht. Im schwarz-blauen Arbeitsübereinkommen in Oberösterreich geht es weiter: Neben der Fortsetzung der Kürzungen bei Gesundheit (Spitalsreform) sind Kürzungen bei Kultur und Bildung, bei Geldern für Arbeitsmarkt, größeren Bauprojekten und Energiewende vorgesehen. Wenn Haimbuchner an die Forderungen des Atterseekreises erinnert wird, ortet er dennoch eine „Schmutzkübelkampagne“. Die Gefährlichkeit der FPÖ ergibt sich aus ihrem Rassismus UND ihrem aggressiv neoliberalen Programm. Beides muss gemeinsam bekämpft werden!

Helga Schröder

Queer stellen – Fundis stoppen.

Gleichberechtigung muss erkämpft, nicht ertanzt werden – für eine aktive, politische Bewegung.

2014 gewann Conchita den Song Contest. Doch nach wie vor sind LGBTQI-Personen in Österreich weit von Gleichstellung entfernt. Ob Ausgrenzung am Arbeitsplatz, Homophobie in der Schule, komische Blicke auf der Straße oder Hetze seitens FPÖ & Co – das steht für viele auf der Tagesordnung. Damit muss Schluss sein! Dabei reichen weder gut gemeinte Ampelmännchen*, noch formale Gesetzesbeschlüsse aus, um spürbare Verbesserungen zu erlangen.

Nötig ist eine solidarische, kämpferische Bewegung, die klare politische Forderungen stellt, das herrschende Wirtschaftssystem hinterfragt und sich nicht auf EINEN Tag begrenzt. Das war das Stichwort: Die bunte Regenbogen-Parade, die heuer am 18. Juni in Wien stattfindet, hat ihren ursprünglichen Kampfgeist leider gegen laute Partymusik ausgetauscht. Zur gleichen Zeit, ein paar Straßen weiter, ziehen christli-

che FundamentalistInnen und Rechtsextreme durch die Straßen. Sie fordern Entrechtung und Unterdrückung von allem, was kein weißer, reicher Mann ist. Wer tatsächlich für LGBTQI-Rechte eintritt – also die volle Gleichstellung – sollte an dem Tag nicht nur zu hippen Tunes auf der Parade tanzen, sondern sich auch den Fundis in den Weg stellen. Unabhängig vom Gender und Sexualität.

Nikita Tarasov



So wehrt sich Mistelbach gegen Rechts

Mehr auf Seite 5



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,
- kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.